

## **Antrag**

**der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Katrin Göring-Eckardt, Jerzy Montag, Britta Haßelmann, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Dr. Anton Hofreiter, Monika Lazar, Irmingard Schewe-Gerigk, Claudia Roth (Augsburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Die Ausstellung über die Deportation von Kindern während des Nationalsozialismus in den Bahnhöfen der Deutsche Bahn AG zeigen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Vorstand der Deutsche Bahn AG (DB AG) möge dafür Sorge tragen, dass die Ausstellung „11 000 jüdische Kinder – Mit der Reichsbahn in den Tod“ auf allen größeren Bahnhöfen gezeigt werden kann. Dabei sollen Vorschläge der Hamburger Reemtsma-Stiftung bei der Ausstellungskonzeption berücksichtigt werden.

Berlin, den 30. November 2006

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

#### **Begründung**

Vor längerer Zeit hatten die Organisatoren der Ausstellung „11 000 jüdische Kinder – Mit der Reichsbahn in den Tod“, die bereits in Frankreich auf 18 großen Reisebahnhöfen gezeigt worden war, der Deutsche Bahn AG angeboten, diese Ausstellung auch auf deutschen Bahnhöfen zu zeigen.

Die Deportationen von Kindern, die auf direktem Weg mit Zügen der ehemaligen Deutsche Reichsbahn in die Konzentrationslager erfolgten, sind Teil der Verbrechen des Nationalsozialismus. Unabhängig von unterschiedlichen Auffassungen über die Rechtsnachfolge der Deutsche Reichsbahn ist die Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte eine unerlässliche Verpflichtung. Dazu ist es – gerade in der Zeit zunehmender rechtsextremer Kräfte – notwendig, diese Vorkommnisse an den Orten zu dokumentieren, an denen sie sich ereignet haben.

Bisher verweigert der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Bahn AG seine Zustimmung zu dieser Maßnahme und hat sich lediglich bereit erklärt, die Ausstellung im Nürnberger Bahnmuseum zu zeigen.

Zu Recht erklärte der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Wolfgang Tiefensee: „Der Nationalsozialismus war eine Diktatur, die sich im Alltag abgespielt hat und vom Alltag getragen worden ist. [...] Diktatur ist auch eine öffentliche Angelegenheit. Auch die Deportation von Kindern hat sich an

öffentlichen Orten abgespielt, an Bahnhöfen. Deshalb gehört die Erinnerung an die gleichen Orte, auf die Bahnhöfe.“ (Süddeutsche Zeitung vom 25. Oktober 2006).

Es ist anzustreben, dass die Ausstellung am 27. Januar 2008, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, eröffnet wird.